

Medienmitteilung

Thema	Ja zum Hooligan-Konkordat und Nein zur «Bonzensteuer»
Für Rückfragen	Thomas Maier, Parteipräsident, 078 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail zh@grunliberale.ch www.zh.grunliberale.ch
Datum	04. April 2013

Der Vorstand hat an seiner letzten Sitzung die Parolen zu den zwei kantonalen Vorlagen vom 9. Juni 2013 gefasst. Die Grünliberalen befürworten den Beitritt zum Hooligan-Konkordat, die Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche (Bonzensteuer)» lehnen die Grünliberalen klar ab.

Ja zum Hooligan-Konkordat

Diverse Ausschreitungen in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass die heutige Regelung zu wenig wirksam ist. Das neue Konkordat gibt der Polizei griffigere Mittel zur Bekämpfung von Gewalt an Sportveranstaltungen in die Hand.

Begrüssenswert ist beispielsweise, dass sinnvolle Massnahmen gegen das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen formuliert sind. Oder dass die Behörde bestimmen kann, wie die Anreise und Rückreise der Anhänger der Gastmannschaft abzuwickeln ist und unter welchen Voraussetzungen ihnen Zutritt zu den Sportstätten gewährt werden darf. Dies sind Punkte, die in anderen Ländern schon seit Jahren selbstverständlich sind und erfolgreich eingesetzt werden.

Auch die zeitliche und räumliche Ausdehnung des Rayonverbots für gewalttätige Fans ist nach Meinung der glp angemessen. Ob andere Massnahmen, wie die Durchsuchungsregelungen, wirklich zu besserer Sicherheit beitragen, ist dagegen fraglich. Alles in allem ist die glp der Meinung, dass das Konkordat sinnvoll überarbeitet wurde und den aktuellen Anforderungen bezüglich Sicherheit Rechnung trägt.

Nein zur «Bonzensteuer»

Die Grünliberalen lehnen die massive Erhöhung der Vermögenssteuer, wie es die Initianten der «Bonzensteuer»-Initiative wollen, einstimmig ab. Ein Blick in den Steuerbelastungsmonitor der Finanzdirektion zeigt, dass bereits heute grosse Vermögen im Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich stark belastet werden. Die Vermögensgrenzen von CHF 2 Mio. (Einzelpersonen) resp. CHF 2,1 Mio. (Verheiratete) führten zu einem Bruch der Steuerbelastung. Dies widerspricht dem Gebot einer ausgewogenen Steigerung der Progression. Weiter übersteigt der vorgeschlagene Steuersatz die aktuellen Zinsen, die die Banken für Sparkontoguthaben zahlen. Sparer, die ihr Vermögen auf diese risikoarme Weise angelegt haben, müssten eine Erosion ihrer Vermögenssubstanz hinnehmen.

Zudem schadet die VI vielen KMU, welche das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Viele Unternehmer haben ihr Vermögen in ihrer eigenen Firma investiert, schaffen damit wertvolle Arbeitsplätze, tragen hohe Risiken und leisten damit einen wichtigen Anteil an der Wertschöpfung im Kanton Zürich. Die so erwirtschafteten Gewinne bilden wiederum Steuererträge für Kanton und Gemeinden.

Für die Grünliberalen schadet die VI ganz klar dem Wirtschaftsstandort Zürich als Ganzes, im Speziellen den für uns wichtigen KMU und bestraft alle die sparen. Aus diesen Gründen empfehlen die Grünliberalen die VI klar zur Ablehnung.